

R

REGION

Kurznachrichten

Mehr unter suedostschweiz.ch/miniregion

TARASP

Knabe im Unterengadin bei Unfall in Iglu ums Leben gekommen

Ein siebenjähriger Knabe und sein Vater sind am Dienstag in Tarasp im Unterengadin in einem Iglu von Schneemassen zugeschüttet worden. Der Junge war so lange verschüttet, dass er nach der Einweisung in ein Spital starb. Der Bub befand sich zusammen mit seinem Vater im Iglu, das die beiden gebaut hatten. Wie die Bündner Polizei am Mittwoch mitteilte, stürzte die Schneehütte nach 11 Uhr in sich zusammen. Der Vater konnte sich aus den Schneemassen befreien und suchte mit Drittpersonen nach dem Jungen. Der Siebenjährige wurde rund eine Viertelstunde nach dem Einsturz befreit. Rettungskräfte begannen mit der Reanimation des Jungen und flogen ihn zum Kantonsspital Graubünden nach Chur. Trotz aller Bemühungen starb der Siebenjährige dort. Gemeinsam mit der Staatsanwaltschaft nahm die Kantonspolizei Graubünden die Ermittlungen zu diesem tragischen Unfall vor Ort auf, wie sie weiter schreibt. Die Angehörigen wurden vom Care Team Grischun psychologisch betreut. (sda)

KLOSTERS

Monteur bei Arbeitsunfall tödlich verletzt



Am frühen Dienstagnachmittag ist in Klosters bei Reparaturarbeiten an einer Heberampe ein Monteur tödlich verletzt worden. Der Unfallhergang und die Unfallursache sind zurzeit noch unklar. Der 40-Jährige war damit beauftragt, eine Heberampe bei einer Bergbahn zu reparieren. Kurz nach 13.30 Uhr wurden ein Bergbahnmitarbeiter und ein zufällig privat anwesender Arzt auf den regungslos unter der Rampe liegenden Monteur aufmerksam. Sofort begannen die beiden mit der Reanimation des Verletzten, welche durch einen örtlichen Notarzt sowie ein Ambulanzteam der Rettung Schiers fortgesetzt wurde. Trotz der raschen Hilfeleistung verstarb der im Thurgau wohnhafte Arbeiter vor Ort, wie es in der Mitteilung weiter heisst. Zusammen mit der Staatsanwaltschaft Graubünden und dem Eidgenössischen Starkstrominspektorat Esti klärt die Kantonspolizei Graubünden die genauen Umstände des Arbeitsunfalls ab. (red)

CAZIS

German Design Award 2021 für Albertin Architekten

Für das Projekt Haus 8 der Klinik Beverin Cazis hat die Firma Albertin Architekten aus Haldenstein den German Design Award 2021 erhalten, wie es in einer Medienmitteilung heisst. Die Special Mention-Auszeichnung des German Design Award würdige eine konsequente Designkonzeption und Umsetzung. Die Jury zeichnet pro Kategorie je nach Qualität der Einreichungen eine angemessene Anzahl mit diesem Gütesiegel für innovatives Design aus. Diese werden in jeder Kategorie des German Design Award von einer eigenen Fachjury ausgewählt. (red)



«Die Grenze zur Fairness überschritten»: Das Regionalgericht Imboden sieht die ehemaligen Angestellten «über den Tisch gezogen».

Bild Olivia Aebli-Item

Empfindliche Strafen und klare Worte

Der Geschäftsführer der Gerüstbau Tschärner AG und seine Sekretärin sind zu bedingten Strafen sowie zu Bussen verurteilt worden. Das Gericht folgte weitgehend der Staatsanwaltschaft.

von Theo Gstöhl

Das Regionalgericht Imboden verurteilte den Geschäftsführer der Gerüstbau Tschärner AG zu einer bedingten Freiheitsstrafe von 20 Monaten und einer bedingten Geldstrafe von 175 Tagessätzen. Die Tagessatzhöhe wurde der aktuellen finanziellen Situation angepasst und auf 300 Franken festgelegt. Die Busse wurde in der von der Staatsanwaltschaft geforderten Höhe von 10 000 Franken festgesetzt. Beim Betrug ging das Gericht nicht von Gewerbmässigkeit aus, weshalb die von der Staatsanwaltschaft geforderte Freiheitsstrafe von 24 Monaten um vier Monate gekürzt wurde.

Die mitangeklagte Sekretärin wurde im Sinne der Anklage als Mittäterin schuldig gesprochen und, wie von der Staatsanwaltschaft beantragt, zu einer bedingten Freiheitsstrafe von 14 Mona-

ten, einer bedingten Geldstrafe von 110 Tagessätzen von je 230 Franken und einer Busse von 4100 Franken verurteilt. Ihr Verteidiger hatte eine Verurteilung als Gehilfin verlangt.

Der Regionalgerichtspräsident hielt bei der mündlichen Urteilsbegründung am Mittwoch fest, dass das Treiben der beiden Angeklagten nur durch die Anzeige der Gewerkschaft Unia beendet wurde. «Die Aktenlage zeigt auf, dass Angestellte über den Tisch gezogen wurden» und «die Grenze zur Fairness wurde während Jahren überschritten», sagte er weiter. Und an die Angeklagten gewandt: «Ich hoffe, Sie nehmen den Denktzettel zur Kenntnis. Ich möchte Sie hier nie mehr sehen.»

Auf Zivilweg verwiesen

16 Geschädigte konstituierten sich als Zivilkläger. Elf bezifferten ihre Forderungen auf insgesamt über 957 500 Franken. Ihre Klagen wurden auf den zivilen Gerichtsweg

verwiesen. Sechs der ehemaligen Angestellten hatten den Prozess am Regionalgericht mitverfolgt.

Nebst der mehrfachen Urkundenfälschung und dem mehrfachen Betrug wogen die mehrfachen Widerhandlungen gegen die Arbeits- und Ruhezeit im Sinne des Arbeitsgesetzes schwer. So wurden unter anderem die wöchentlichen Höchstleistungszeiten überschritten, Tages- und Nachtarbeitszeiten nicht gesondert aufgeführt, Überstunden nicht aufgeschrieben und es wurde verbotene Nacharbeit geleistet.

Sklaventreiber oder Helfer?

Am Prozess wurde einmal mehr deutlich, wie die Meinungen auseinandergehen können. Der Regionalgerichtspräsident zitierte aus den Einvernahmen ehemaliger Angestellter: Da war in Bezug auf den Arbeitgeber von «moderner Sklaventreiber» und «Regent» die Rede und «er wurde immer laut». Die Mitarbeitenden seien einge-

schüchtern gewesen und hätten sich aus Angst, die Stelle zu verlieren, nicht zu reklamieren getraut.

Der Verteidiger des Angeklagten sah es völlig anders. Nach seinen Worten hat sich der Arbeitgeber nach Kräften für ein gutes Arbeitsklima eingesetzt. So habe er Mitarbeitern Darlehen gewährt, Operationskosten und Zahnarztkosten bezahlt, kostenlos Autos zur Verfügung gestellt, für sie Wohnungen gesucht und diese teilweise auch möbliert. «Er leistete immer wieder uneigennützig Hilfe», hielt der Verteidiger fest.

Einmal mehr wurden auch die Medien von den Anwälten gerügt. Durch die landesweite Berichterstattung – die Anwälte sprachen von Vorverurteilung – nach der Strafanzeige durch die Gewerkschaft Unia sei das Lebenswerk des Firmengründers zerstört worden. Er habe seine Firma verkaufen müssen und arbeite jetzt als Angestellter. Die mediale Vorverurteilung sei zu verurteilen.

«Letztes Wort noch nicht gesprochen»

Der Bundesrat hat seine Öffnungsstrategie für die kommenden Monate präsentiert. Bündner Politik und Gewerbe sind nicht begeistert.

Es sei die Minimalvariante, die der Bundesrat vorgeschlagen habe, sagt Maurus Blumenthal, Direktor des Bündner Gewerbeverbandes. Läden sollen Anfang März wieder öffnen können, Restaurantterrassen einen Monat später – bei günstiger Entwicklung und höherer Durchimpfungsrate. Die Vorschläge des Bundesrates sind bis zum 24. Februar bei den Kantonen in der Vernehmlassung.

Für die Läden sei es wichtig, dass sie zuerst berücksichtigt würden, damit sie ihre Ware loswerden könnten, so Blumenthal im Interview mit Radio Südostschweiz. «Viele Läden hatten in den Tourismusgebieten enorme Umsatzeinbußen. Insbesondere Sportgeschäfte sind stark geschädigt.»

Wenn es nach Blumenthal geht, müsste der Lockerungsfahrplan des Bundesrates aber die Anstrengungen des Kantons Graubünden bei der Teststrategie berücksichtigen. «Sie ist eine wichtige Säule und sie funktioniert.» Restaurants, Läden und Freizeiteinrichtungen sollten deshalb im Kanton mit

«Die Teststrategie ist eine wichtige Säule und sie funktioniert.»

Maurus Blumenthal

Direktor Bündner Gewerbeverband

Schutzkonzept alle bereits ab März wieder öffnen dürfen. «Sinn und Zweck der Bündner Teststrategie ist es ja, Schliessungen zu verhindern.»

Bei Regierungsratspräsident Mario Cavigelli stossen die Forderungen des Bündner Gewerbeverbandes auf offene Ohren. Auch für ihn ist klar: «Wir investieren zurzeit ganz massiv in eine Teststrategie. Das muss sich für uns lohnen.» Insbesondere Restaurantterrassen müssten deshalb möglichst früh öffnen können. Die Erfahrungen in den Skigebieten würden zeigen, dass dort die Ansteckungsgefahr gering sei.

Gastronomie hat gehofft

Die Bündner Restaurants sind bereits seit Anfang Dezember ge-

schlossen. «Wir haben erwartet, dass wir jetzt öffnen dürfen», sagt Franz Sepp Caluori, Präsident des Branchenverbandes Gastro Graubünden. Er habe sich zumindest eine Öffnung der Gastro-Aussenbereiche erhofft. «Ich glaube aber, da ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Wir werden mit den Bundesräten kommunizieren und schauen, dass sie diesen Kompromiss noch hinkriegen bis zum definitiven Entscheid.»

In der Covid-19-Debatte im Grossen Rat forderte Caluori die Bündner Regierung denn auch auf, sich in Bundesberufen für die frühere Öffnung von Gastrobetrieben einzusetzen (siehe Seite 7). Entschädigungen für den März hat die Bündner Regierung schon in Aussicht gestellt. (jas)

Laute Rufe im Grossen Rat nach mehr Unterstützung

Die Bündner Regierung will in Sachen Härtefallunterstützung nachbessern. Im Parlament wird heute aber trotzdem eine Resolution mit noch weitergehenden Forderungen behandelt.

von Patrick Kuoni

Am Mittwoch sollte eigentlich eine Resolution von Erstunterzeichner Lukas Horrer behandelt werden. Doch der Redebedarf im Grossen Rat in der allgemeinen Coronadebatte war so gross, dass sich diese Debatte um einen Tag verzögert. Die Resolution fordert etwa, dass die Bündner Regierung die finanziellen Entschädigungen so erhöht, dass bis zu 100 Prozent des Fixkostenanteils am Umsatzverlust entschädigt werden. Ausserdem sollen Betriebe, die einen Umsatzverlust von 30 Prozent erleiden, anspruchsberechtigt sein. Die Bündner Regierung scheint in einigen Punkten von sich aus bereit, Anpassungen vorzunehmen. Dies wohl auch, weil sich eine Mehrheit im Grossen Rat für eine stärkere Unterstützung für stark betroffene Betriebe ausspricht.

Geld ist vorhanden

Das kristallisierte sich in der Coronadebatte klar heraus. So äusserte sich Grossrat Franz Sepp Caluori (CVP, Chur) in einem emotionalen Votum. Er forderte Finanzdirektor Christian Rathgeb auf, die Geldschatulle zu öffnen und ungedeckte Fixkosten von hart getroffenen Gastrobetrieben zu ersetzen. «Und ich fordere Regierungsrat Marcus Caduff auf, die Voraussetzungen für Hotels und Mischbetriebe zu erleichtern und auch nach dem 1. März gegründete Betriebe zu unterstützen. Es scheint, dass wir als Gesellschaft die Balance zwischen Gesundheit und Wirtschaft verloren haben», so Caluori, seines Zeichens Präsident des Verbandes Gastro Graubünden.

Klare Worte fand auch SP-Fraktionschef Conradin Caviezel. «Wir rechnen im Kanton mit Coronakosten von 200 Millionen Franken für zwei Jahre. Wir haben aber in den Jahren



Breite Unterstützung: Grossräte aus verschiedenen Parteien wollen die Härtefallunterstützung für Betriebe, die von der Pandemie betroffen sind, ausbauen.

Bild Philipp Baer

«Wir wollen kein Hickhack mit Bern.»

Christian Rathgeb
Finanzdirektor

davor ungefähr 110 Millionen Überschuss gemacht.» Er fragte deshalb in die Runde: «Warum ist man nicht bereit, bei den Härtefällen grosszügiger zu sein, obwohl wir in Graubünden in der einmaligen Lage sind, schuldenfrei dazustehen?»

SVP-Fraktionspräsident Jan Koch hielt fest, dass viele Bündner Unternehmerinnen und Unternehmer nun langsam, aber sicher ihre in den letzten Jahren aufgebauten Reserven aufgebraucht hätten. «Gezielte Verbesserungen der Härtefall-Verordnungen sind unabdingbar.» Eine möglichst

vollständige Entschädigung der Betriebskosten solle erfolgen. «Eine Überentschädigung ist zu verhindern, aber lieber rette ich persönlich einen Betrieb zu viel als fünf zu wenig», so Koch.

Finanzdirektor Christian Rathgeb versprach während der Debatte, dass die Bündner Regierung nicht auf der Kasse sitzen würde in der Hoffnung, der Bund würde finanzieren. «Wir finanzieren», so Rathgeb. «Aber wir wollen kein Hickhack mit Bern. Denn was Bern vorschreibt, muss letztlich auch Bern berappen.»

Mehr Anmeldungen bei Anlaufstellen

Die ambulante Kinder- und Jugendpsychiatrie Graubünden verzeichnet mehr Anmeldungen, und bei der Kesb sind fast ein Viertel mehr Gefährdungsmeldungen eingegangen. Unklar ist, ob dies eine Folge von Corona ist.

von Ursina Straub

18 Prozent mehr Gefährdungsmeldungen erhielt die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) im vergangenen Jahr, verglichen mit dem Vorjahr. Und die ambulante Kinder- und Jugendpsychiatrie Graubünden registrierte mehr Anmeldungen. Das sagte Gesundheitsminister Peter Peyer gestern Mittwoch in der Covid-19-Fragestunde des Grossen Rates auf eine entsprechende Frage von Valérie Favre Accola (SVP, Davos). «Ob die Zunahme der Anmeldungen im Zusammenhang mit der Coronapandemie steht, kann jedoch zumindest derzeit noch nicht beurteilt werden», hielt Peyer fest.

Auch könne noch nicht gesagt werden, ob der Anstieg der Gefährdungsmeldungen bei der Kesb in Verbindung mit häuslicher Gewalt oder Kindesmissbrauch stehe, und zwar als Folge der Coronamassnahmen.

Genau beobachtet wird gemäss Peyer die Entwicklung der Fallzahlen von häuslicher Gewalt. «Doch sowohl bei der häuslichen Gewalt wie auch beim Kindesmissbrauch blieben die

Fallzahlen gegenüber dem Vorjahr 2019 stabil», so Peyer. Es gebe derzeit keine Anhaltspunkte, dass die aktuelle Covidlage zu mehr polizeilichen Einsätzen wegen häuslicher Gewalt führe, führte der Gesundheitsminister weiter aus.

Die Coronapandemie habe auf alle Auswirkungen, stellte Peyer fest, und die Regierung sei sich der Situation von Kindern und Jugendlichen sehr wohl bewusst. «Aber die Auswirkungen der Pandemie sind nicht für alle Kinder und Jugendliche gleich.» So

seien etwa Schulschliessungen für Kinder, welche in der Schule geplagt werden, eine Erleichterung.

Beratung rund um die Uhr

Die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen behalte der Kanton im Auge, antwortete Peyer auf eine weitere Frage von Grossrätin Favre Accola. Und zwar zusammen mit Fachgremien wie der Fachkommission Kinderschutz, der Jugendhilfe und dem runden Tisch häusliche Gewalt.

Zudem hat der Kanton laut Peyer schon vor einem Jahr Schülerinnen, Lehrkräfte und Eltern auf Anlaufstellen und Beratungsdienste aufmerksam gemacht. So etwa auf die Hotline 147, die rund um die Uhr junge Menschen berät, oder auf den Elternnotruf. Zudem werden Volksschulen und Familien vom Schulpsychologischen Dienst Graubünden unterstützt. Und auch der Schwerpunkt der Aktionstage häusliche Gewalt lag im vergangenen Spätherbst auf Kindern und Jugendlichen. Diese Aktionstage werden gemäss Peyer auch in diesem Jahr wieder durchgeführt.



Informiert den Grossen Rat: Gesundheitsminister Peter Peyer geht während der Covid-19-Fragestunde auf Anfragen von Ratsmitgliedern ein.

Bild Philipp Baer

Spöl wird erst im nächsten Jahr saniert

Drei Bachabschnitte müssen noch vom giftigen PCB befreit werden.

BDP-Grossrat Emil Müller (Sur Tasna) wollte in der Fragestunde von der Regierung wissen, wann der Obere Spöl saniert werde. Der Bach Spöl, welcher durch den Nationalpark fliesst, wurde im September 2016 mit dem Bauschadstoff Polychlorierte Biphenyle (PCB) verschmutzt. Als an der Stauwand Punt dal Gall Korrosionsschutzarbeiten vorgenommen wurden, sickerte Rostschutzfarbe durch ein Leck in der Baustellenabdichtung in die Stauwand und so in den Bach. Während das Tosbecken bereits saniert wurde, ist ein Teil des Baches immer noch mit PCB verschmutzt.

Nun sind im vergangenen Dezember Einigungsverhandlungen zwischen dem Schweizerischen Nationalpark und den Engadiner Kraftwerken gescheitert. Grossrat Müller wollte deshalb weiter von der Regierung wissen, was dies für die noch anstehende Sanierung bedeute. Noch ist nämlich unklar, wer die Kosten für die Sanierung übernimmt.

Regierungsrat Jon Domenic Parolini antwortete: Es liege an den Parteien, insbesondere am Nationalpark und den Engadiner Kraftwerken, dass sie in ihren allfälligen Beschwerden keine aufschiebende Wirkung für die Sanierung der am höchsten belasteten Flussabschnitte verlangten. «So wäre in einem optimalen Fall mit einem Beginn der Sanierung in der Bausaison 2022 zu rechnen. Realistischer ist aber wohl eher 2023.» Sollte eine der Parteien aufschiebende Wirkung verlangen, würde sich der Start für die Sanierung laut Parolini wesentlich verzögern.

Uhu stark mit dem Gift belastet

Schliesslich wollte Müller wissen, welche Abschnitte des Spöl noch gereinigt werden müssten. Parolini erklärte, dass drei Abschnitte unterhalb der Stauwand saniert werden sollen, sie sind rund 1500 Meter, 660 Meter und 770 Meter lang. «Die Sanierung besteht darin, aus den Bachsedimenten bis in eine Tiefe von maximal 50 Zentimetern die Feinanteile, also Korngrößen unter zwei Millimetern, zu entnehmen und umweltgerecht zu entsorgen», erläuterte der Regierungsrat.

Das nahe an der Oberfläche liegende PCB kann, etwa durch Fische, in die Nahrungskette gelangen. Das bestätigt ein toter Uhu, welcher Mitarbeitende des Nationalparks fanden. Er war laut Parolini stark mit PCB belastet. (us)

INSERAT

parsenn drogerie
kosmetik • heilmittel • naturartheik
70000 Koblach • 70000 Schöne

NATURATHEK
SO HEILT MAN HEUTE

ERKÄLTUNGSSCHOCKER

GRATIS
bei Ihrem nächsten Einkauf

ERKÄLTUNGSSCHOCKER Pulver

NASENBELÜFTER

Unsere hausgemachten Naturtalente lassen Ihrer Erkältung keine Chance!

PARSENN-DROGERIE.CH
NATURATHEK.CH